



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 12

16. Juni 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Aufruf zur landesweiten BBW-Protestaktion am 29.06.2013 in Stuttgart**
- 02 Diätenerhöhung: Wasser predigen und Wein trinken**
- 03 Kretschmann will über Pensionskürzung reden - SPD dagegen / Beamtenbund verteidigt Höhe**
- 04 Ende der Eiszeit: SPD will bei Beamten nicht weiter kürzen**
- 05 4. DPoIG-Forum „Gewalt und Aggression als Alltagserfahrung“ am 25.06.2013**
- 06 *Zweigeteilte Laufbahn:* Für die Polizisten ändert sich nur die Farbe**
- 07 Bayern nach der Polizeireform: Pilotbetrieb zur Optimierung des Personaleinsatzes bei der Polizei**

01 Aufruf zur landesweiten BBW-Protestaktion am 29.06.2013 in Stuttgart
--

Die Regierungskoalition hat nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Drucks des Beamtenbundes und seiner Fachgewerkschaften ihre Absicht zur vorzeitigen Verabschiedung des Besoldungsanpassungsgesetzes aufgegeben. Damit findet die BBW-Protestveranstaltung genau rechtzeitig statt.

Die **GdP** hat ihre Mitglieder darüber informiert, dass sie nicht an der DGB-Protestveranstaltung am 18.06.2013, ab 16.45 Uhr in Stuttgart teilnehmen wird, sondern die BBW-Veranstaltung am 29.06.2013 unterstützen wird. Wir freuen uns auf rege Teilnahme der GdP-Kollegen.

Wer die folgenden Beiträge liest, wird kaum noch „Ausreden“ vorbringen können, nicht an dieser Protestveranstaltung teilzunehmen. Wer jetzt nicht gegen die grün-rote Beamtenpolitik kraftvoll demonstriert und protestiert, signalisiert dieser Landesregierung, dass sie mit weiteren Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamtenschaft weitermachen kann. Wer jetzt nicht Flagge zeigt, braucht sich nicht mehr bei seinen Gewerkschaftsvertretern beschweren.

Auf geht´s:



Aufruf zur Protestveranstaltung am 29. Juni 2013 in Stuttgart

Machen Sie mit!
Kommen Sie zur Protestveranstaltung.
Melden Sie sich bei Ihrem zuständigen Kreisverband an.

Eintreffen der Teilnehmer in der Lautenschlagerstraße:	bis 10.30 Uhr
Auftaktkundgebung in der Lautenschlagerstraße:	11.00 Uhr
Demonstrationszug zum oberen Schlossgarten:	ab 11.15 Uhr
Kundgebung im oberen Schlossgarten (vor der Staatsoper):	ca. 12.00 bis 13.00 Uhr

Alle weiteren Infos zum Ablauf und zu den Buseinsatzplänen erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Kreisverband.

02 Diätenerhöhung: Wasser predigen und Wein trinken

Quelle: DPoIG, Stuttgarter Zeitung und andere Medien



Die Diäten der 138 Abgeordneten in Höhe von 6975 Euro steigen um 3,21 Prozent auf 7199 Euro pro Monat. Die Höhe des Zuschlags ergibt sich aus dem 2005 mit den Stimmen der damaligen CDU-FDP-Koalition eingeführten Indexierungsverfahren, das die Abgeordnetenbezüge an

die allgemeine Einkommensentwicklung in der Wirtschaft und – mit deutlich geringerem Gewicht – im öffentlichen Dienst koppelt.

Zum 1. Juli 2013 werden die Diäten um 3,21 Prozent auf 7199 Euro erhöht.
Zum 1. Juli 2012 wurden die Diäten um 3,24 Prozent auf 6.975 Euro,
zum 1. Juli 2011 um 4,55 Prozent auf 6.756 Euro angehoben,
zum 1. Juli 2010 wurden die Diäten nach den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise um 1,53 Prozent gesenkt.

Für Abgeordnete 11% in zwei Jahren – Minusrunden für Beamtinnen und Beamte

Seit Grün-Rot in Baden-Württemberg an der Regierung sind, wurden die Abgeordnetenentschädigungen innerhalb von nur zwei Jahren um insgesamt 11% erhöht. Gleichzeitig will Grün-Rot die Beamtenbesoldung ein zweites Mal in Folge erheblich zeitlich verzögern und



mutet den Betroffenen in der Kombination mit zahlreichen weiteren Sparmaßnahmen faktische Minusrunden zu. Fadenscheinig fordert die grüne Fraktionsvorsitzende als Zeichen völlig falsch verstandener Solidarität mit den Beamtinnen und Beamten die aktuelle Diätenerhöhung zu verschieben, unterlässt es aber einen entsprechenden Antrag zu stellen. Selbst der Fraktionsvorsitzende des Koalitionspartner, Claus Schmiedel (SPD), spricht von einem „populistischen Zug“, den die Grünen erkennen lassen. CDU und FDP werfen den Grünen vor, ihren Antrag auf Verschiebung offiziell gar nicht eingereicht zu haben. Dahinter steckt der Vorwurf, die Grünen wollten sich öffentlich als „Gutmenschen“ darstellen, aber insgeheim darauf setzten, mit der Verschiebung nicht durchzukommen und die Diäterhöhung doch zu kassieren.

Flucht in ein quasi mathematisch-objektives Verfahren

Die Berechnung für die Diätenerhöhungen nimmt das Statistische Landesamt vor. Dieses Modell, das auch in Bayern praktiziert wird, ist durchaus heikel, hatte doch das Bundesverfassungsgericht in seinem Diätenurteil aus dem Jahr 1975 festgelegt, die Parlamente hätten „vor den Augen der Öffentlichkeit“ in eigener Verantwortung über ihre Bezüge zu entscheiden. Doch den Abgeordneten bereitete es zunehmend Verdruss, jährlich selbst über die eigenen Bezüge befinden zu müssen, weil das jeweilige Ergebnis – unabhängig von seiner Qualität – von der Öffentlichkeit regelmäßig ungnädig aufgenommen wurde. Also flüchteten sie in ein quasi mathematisch-objektives Verfahren, das jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode in Gang gesetzt wird. Dies geschah auch im Juni 2011. Hans-Ulrich Sckerl, der parlamentarische Ge-

schäftsführer der Grünen-Fraktion, sagte damals: „Wir können heute sagen, dass es sich als ein gutes und transparentes Verfahren bewährt hat. Es ist objektiv, es folgt im Kernbereich, bei der Entschädigung der Abgeordneten, der allgemeinen Einkommensentwicklung. (...) Die Zahlen sind unbestechlich, jede Bürgerin, jeder Bürger kann sie nachprüfen.“

Die Grünen wollen spenden – SPD hält nichts davon

Laut Edith Sitzmann will die Fraktion nun den Betrag aus dem Aufkommen der Diätenerhöhung spenden. Dazu werde voraussichtlich in der nächsten Fraktionssitzung ein Beschluss gefasst. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hält nichts davon: „Was da herauskommt, ist finanziell erbärmlich wenig. Ich spende ein Vielfaches für die Opfer des Hochwassers, ohne dies an die große Glocke zu hängen.“ Spenden sollte man aus innerem Antrieb und nicht, um in der politischen Arena zu punkten.

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Es mutet nahezu erbärmlich an, wie sich die grün-roten Koalitionspartner derzeit in den Haaren liegen. Die einen reden von Solidarität mit der Beamtenschaft, die anderen von „Gutmenschen“. Wie auch immer: Die Abgeordneten bekommen deutlich mehr Geld. Geld das der Steuerzahler zahlt. Steuerzahler sind auch die Beamtinnen und Beamten. Diesen ziehen aber eben diese Abgeordneten immer mehr Geld aus den Taschen, um den Staatshaushalt zu entlasten, aus dem auch die Abgeordneten bezahlt werden.

Die Beamtenbesoldung und -versorgung muss aufgrund des Alimentationsrechts regelmäßig an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst werden. Der gleichen Begründung dient das Diätenanpassungssystem auf das sich die im Landtag vertretenen Fraktionen von Legislaturperiode zu Legislaturperiode verständigt haben. Wenn dieses System nach Aussagen aller Fraktionen grundsätzlich sachgerecht und transparent sein soll, dann stellt sich die Frage, warum dieses System nicht auch für die Anpassung der Beamtenbesoldung angewandt werden soll. Diese Frage stellt sich insbesondere auch deshalb, weil der Besoldungsgesetzgeber die Besoldungs- und Versorgungsanpassung an die Tarifabschlüsse immer häufiger und grundsätzlich in Frage stellt. Das ist ungerecht! Das ist unsolidarisch! Das ist „Wasser predigen und Wein trinken!“

Lesen Sie auch:

Landtag Baden-Württemberg Grüne wollen ihr Diätenplus spenden

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landtag-baden-wuerttemberg-gruene-wollen-ihr-diaetenplus-spenden.d71d9a24-1a0b-442c-95d7-fd4ccff7a4df.html>

03 Kretschmann will über Pensionskürzung reden SPD dagegen / Beamtenbund verteidigt Höhe

Quelle: Staatsanzeiger vom 14.06.2013



Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wollte nach Informationen der Stuttgarter Nachrichten in der vergangenen Woche in Berlin mit den anderen 15 Ministerpräsidenten über die „Absenkung des Versorgungsniveaus künftiger Beamtinnen und Beamten“ diskutieren. Das Thema stand auf Kretschmanns Wunsch auf der Tagesordnung.

Nach Angaben des Pressesprechers von Schleswig-Holstein, Carsten Maltzan, kam es jedoch nicht zur Sprache.

Zum Thema Pensionen hatte am Montag auch die Haushaltsstrukturkommission des Landes getagt. Dabei legte Finanzminister Nils Schmid (SPD) einen Ländervergleich über das Versorgungsniveau der Beamten vor. Danach planen weder Bund noch Länder Kürzungen.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel sicherte den Beamten daraufhin laut Stuttgarter Nachrichten zu, dass es während der laufenden Legislaturperiode zu keinen weiteren Einschnitten bei den Beamten kommen werde.

Volker Stich, Vorsitzender des Beamtenbunds Baden-Württemberg, verteidigte im Gespräch mit dem Staatsanzeiger die Höhe der Beamtenpensionen von durchschnittlich 2800 Euro pro Monat. Er verwies auf den Alterssicherungsbericht der Bundesregierung, wonach das durchschnittliche Einkommen von Rentnerhepaaren bei 2433 Euro monatlich liege. Dass die Beamten im Ruhestand mehr erhielten, habe damit zu tun, dass sie im Schnitt höherwertigere Tätigkeiten ausübten als Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst.

04 Ende der Eiszeit: SPD will bei Beamten nicht weiter kürzen

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 13.06.2013



Noch viel zu früh, um darauf anzustoßen. Die SPD hat schon viel versprochen und nicht eingehalten. Der grüne Koalitionspartner will noch sehr viel mehr bei den Beamten holen.

Landtagsfraktionschef Schmiedel hält nichts von Ideen der Grünen für Pensionskürzungen. Das Klima zwischen Grün-Rot und den Beamten bleibt gereizt. Mal geht es um die Verschiebung bei der Gehaltserhöhung, nun sorgen Überlegungen für Pensionskürzungen für Aufregung.

Wenn sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer in Berlin zur Routinekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) treffen, ist die Tagesordnung prall gefüllt. Es geht unter anderem um die Umsetzung der Energiewende, um den Ausbau der Breitbandnetze, um Konsequenzen aus der Bundeswehrstrukturreform und das NPD-Verbotsverfahren. Noch vor dem Gespräch mit der Kanzlerin treffen sich die Länderchefs freilich in kleiner Runde - unter anderem zum so genannten Kamin-

gespräch. Das bedeutet nun nicht, dass die Damen und Herren Ministerpräsidenten bei einem Glas Rotwein um das lodernde Feuer sitzen und entspannen. Diese höchst vertrauliche Runde ist seit jeher vielmehr der Ort für die Beratung von besonders wichtigen Themen. Und nach Informationen unserer Zeitung sollen dort heute auch zwei brisante Punkte aufgerufen werden: Zum einen der Bund-Länder-Finanzausgleich, vorgetragen von Thüringen. Zum anderen das Thema Beamtenver-

sorgung, vorgetragen von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne).

Das Thema hatte zuletzt in Koalitionskreisen in Stuttgart eine neue Dynamik erhalten, ohne dass dies offiziell bekannt wurde. Finanzminister Nils Schmid (SPD) legte Anfang der Woche in der Sitzung der Haushalts- und Strukturkommission ein mehrseitiges Papier vor, in dem seine Beamten einen Ländervergleich über das Versorgungsniveau der Beamten erstellt hatten. Minutiös listeten die Experten des Finanzministeriums darin auf, wie es der Bund und die Bundesländer mit dem Weihnachts- und Urlaubsgeld, Familienzuschlägen, Sterbegeld, Unfallausgleich und anderen Zahlungen im Beamtenapparat halten. Daraus wird eines deutlich: Eine einheitliche Linie in Deutschland gibt es nicht. Aber noch eine Kernbotschaft enthält das Papier, das unserer Zeitung vorliegt: Weder beim Bund noch bei den Bundesländern gibt es Überlegungen, an den Regelsätzen für die Pension etwas zu ändern.

Genau das aber hätten die Grünen eigentlich gerne. In ihrem Programm zur Landtagswahl 2011 hatten sie laut darüber nachgedacht, die Versorgungsbezüge von derzeit 71,2 Prozent des letzten Monatsgehalts künftig um fünf Prozent abzusenken. Es gab zugleich Überlegungen, diese Kürzung auch bei jetzt aktiven Beamten vorzunehmen. Doch dieser Plan landete alsbald wieder im Papierkorb, weil man damit in die so genannte Bestandsgarantie eingegriffen und eine drohende Klage von betroffenen Beamten vor Gericht mit großer Wahrscheinlichkeit verloren hätte. Auch wenn mögliche Kürzungen der Beamtenpensionen fortan kein Thema mehr waren, blieb die Angelegenheit offenbar auf Wiedervorlage.

... Der Koalitionspartner SPD zeigte dem Grünen-Vormann jedenfalls schon vorab die rote Karte. Man habe den Beamten in den vergangenen zwei Jahren bereits mehrere Sparbeiträge abverlangt, sagte SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel am Mittwoch auf Anfrage unserer Zeitung. Erst die Verschiebung der Besoldungserhöhung, dann die Eingriffe bei der Beihilfe, dazu die Absenkung der Eingangsbesoldung für junge Beamte, nun erneut die Verschiebung der Tarifierhöhung um bis zu einem Jahr. 'Für die SPD ist das Thema Versorgung für diese Legislaturperiode damit erledigt', so Schmiedel, weitere Belastungen der 240 000 Beamten im Land werde es bis 2016 nicht geben: 'Das Kapitel ist abgehakt.'

Schmiedel will stattdessen das gereizte Klima zwischen Grün-Rot und den Staatsdienern wieder etwas beruhigen. Man müsse 'wieder ins Gespräch kommen' und 'über grundsätzliche Dinge' reden. So sei es an der Zeit, mit Beamtenbund und DGB über 'ein Leitbild Beamter 2020' zu beraten. Soll heißen: Was muss ein Beamter künftig können, was kann er aber auch vom Arbeitgeber Staat erwarten. 'Da müssen wir gemeinsam einiges weiterentwickeln', sagt Schmiedel.

Beamtenbund-Landeschef Volker Stich reagierte am Mittwoch erleichtert auf die Aussage von Schmiedel, wonach das Thema Pensionen erst einmal ein Tabu ist. 'Baden-Württemberg wäre sonst wieder mal das erste Bundesland gewesen, dass beim Sparen bei den Beamten mit Sieben-Meilen-Stiefeln vorangeht.'

05 4. DPOIG-Forum „Gewalt und Aggression als Alltagserfahrung“ am
25.06.2013

Quelle: dpa/lsw vom 11.06.2013, DPOIG

Gewalt gegen Polizei nimmt weiter zu

Durchschnittlich fünf Attacken gegen Beamte pro Tag – Innenminister will breite Debatte

Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat eine breite Debatte über Gewalt gegen Polizeibeamte gefordert. Dies müsste zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema gemacht werden, erklärte er. 'Es ist völlig unakzeptabel, dass dieses Problem auf dem Rücken der Polizei ausgetragen wird.' Um dem Gewaltphänomen wirkungsvoll entgegenzutreten, müssten die Bürger wissen, dass Provokationen und Aggressionen gegen Polizeibeamte nicht geduldet und konsequent sanktioniert würden.

Zwischen Januar und Mai dieses Jahres wurden landesweit 1468 Straftaten gegen Polizisten gezählt. Im Vergleichszeitraum 2012 waren es 1477. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte stieg in den ersten fünf Monaten auf 823 Fälle (Vorjahr: 742). Laut Innenministerium wurden von Januar bis Mai insgesamt 821 verletzte Beamte gezählt, nach 716 im Vergleichszeitraum. Ein Sprecher Galls verwies jedoch darauf, dass sich von den Zahlen noch kein allgemeiner Trend für das Gesamtjahr ableiten lasse. 2012 wurden insgesamt 1828 Beamten verletzt - ein Plus von 14 Prozent. Beispiele seien Nasenbrüche, gebrochene Finger oder Sehnenabrisse. Der Anteil der Angriffe, bei denen Alkohol im Spiel war, sei weiter gestiegen auf jetzt fast 70 Prozent.

Der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lautensack, sagte, die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Beamte sei nicht akzeptabel. 'Es gibt Bürger, die verweigern sich der staatlichen Autorität.' Die Polizei sei auf ein bestimmtes Klientel eingestellt. Aber oft komme es zu spontanen Übergriffen. 'Da verbünden sich die Konfliktparteien und gehen dann gemeinsam auf die Beamten los', sagte er. Oder Unbeteiligte mischten sich ein. Es komme auch vor, dass Passanten versuchten, einen bereits von der Polizei Überwältigten wieder zu befreien. Der Gewerkschafter forderte ein konsequentes Einschreiten der Justiz. 'In vielen Fällen wird gegen einen, der gegen die Polizei schlägt, eine Geldstrafe oder eine Bewährungsstrafe verhängt.' Bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte können bis zu drei Jahre Gefängnis verhängt werden.

Täglich werden im Durchschnitt fünf Beamte verletzt, berichtete der Inspekteur der Polizei, Gerhard Klotter. Mit verschiedenen Programmen wolle man das Problem in den Griff bekommen. Zum einen werden die Beamten während der Ausbildung besonders geschult, gleichzeitig wird Vorbeugung betrieben. Besonders angesprochen würden junge Leute, die verstärkt negativ durch Alkoholgenuss aufgefallen sind.



Für das DPoIG-Forum „Gewalt und Aggression als Alltagserfahrung“ am Dienstag, dem 25. Juni 2013 im Zeltrestaurant Böser in 76694 Forst/Bruchsal, Kurze Alle, sind noch wenige Teilnehmerplätze frei. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!“ Anmeldungen im Rahmen noch freier Kapazitäten bitte an info@dpolg-bw.de.

Die Teilnahme kann nach Genehmigung des IM in Rahmen der Dienstzeit erfolgen.

06 Zweigeteilte Laufbahn: Für die Polizisten ändert sich nur die Farbe

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 08.06.2013

Die zweigeteilte Laufbahn im Polizeidienst gehört zu den Traditionsbeständen sozialdemokratischer Politik. Auch in der grün-roten Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg findet sich das Versprechen, den mittleren Dienst auslaufen zu lassen und die Polizei im gehobenen Dienst zu konzentrieren. „Wir werden die Voraussetzungen schaffen, dass die Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen“, heißt es im Koalitionsvertrag. Neben dem gehobenen Dienst gäbe es dann noch den höheren Dienst vom Polizeirat an aufwärts, der zahlenmäßig keine große Rolle spielt.

Die Kollegen wollen nicht nur den Titel, sondern auch mehr Geld.

Joachim Lautensack, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft

Inzwischen zeigt sich, dass die vorsichtigen Formulierungen im Koalitionsvertrag („schrittweise“, „Zug um Zug“) nur zu berechtigt waren. Zwar bejubelte Innenminister Reinhold Gall (SPD) die im Doppelletat 2013/2014 verankerte Überführung von 500 Stellen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst als wichtige Weichenstellung, doch derlei Stellenhebungs-

programme gab es in der Vergangenheit immer mal wieder. Vor allem aber hält sich der Nutzen für die beförderten Polizisten zunächst in Grenzen. Der Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn erfolge kostenneutral, teilte Innenminister Gall dieser Tage dem CDU-Abgeordneten Thomas Blenke (CDU) mit. In der Praxis bedeutet das: in der Besoldungsgruppe A 9 bezahlte Hauptmeister des mittleren Dienstes wandeln sich zwar in Kommissare des gehobenen Dienstes, finanziell spielt das aber keine Rolle. „Nur die Farbe der Sterne ändert sich“, heißt es sarkastisch in der Polizei. Aus blauen (früher grünen) Sternen auf den Schulterklappen werden silberne. Joachim Lautensack, der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund (DPoIG), sagt: „Die Kollegen wollen nicht nur den Titel, sondern auch mehr Geld.“ Die Überführung von 500 Stellen in den gehobenen Dienst greife zu kurz.

Strukturell, das räumt auch Lautensack ein, ändert sich natürlich schon etwas: die Zahl der Planstellen im gehobenen Dienst – schon jetzt bei über 50 Prozent – steigt weiter. Doch andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Hessen sind weiter, und die Perspektiven für einen Komplettumstieg in die zweigeteilte Laufbahn gelten als düster. Auf die Frage des CDU-Manns Blenke, bis wann die zweigeteilte Laufbahn vollständig eingeführt werden soll, antwortet Gall lapidar: „Insoweit wurden

noch keine politischen Entscheidungen getroffen.“ Dies hänge auch mit den finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammen, schreibt der Minister. In der Tat steht die Landesregierung unter starkem Druck, einen begehbaren Pfad hin zur verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Nettoullverschuldung im Jahr 2020 aufzuzeigen.

Nervosität in der Koalition

In der Koalition ist eine gewisse Ratlosigkeit nicht zu verkennen, Spannungen bleiben nicht aus. Vor allem bei der SPD steigt die Nervosität, nachdem die Partei in der jüngsten Umfrage nur noch 19 Prozent im Land erreichte. Das beweist die Bereitschaft des Fraktionschefs Claus Schmiedel, die Konfrontation mit den Grünen zu suchen; das offenbart aber auch der Missmut, mit dem auf die Nonchalance hingewiesen wird, mit der Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) Millionenbeträge für einen Nationalpark auszugeben gewillt ist. „Die Millionen haben wir und die müssen wir auch haben“, hatte Kretschmann gesagt, ohne eine genaue Summe zu nennen. Bei den Genossen sieht man das so: Die Grünen geben das Geld aus, das Sparen überlassen sie der SPD.

Für die Polizei heißt das, dass die zweigeteilte Laufbahn in dieser Legislatur keinesfalls komplett umgesetzt wird. Auch der versprochene Einstieg wird wohl auf bescheidenem Niveau bleiben, zumal auch die Polizeireform mit der Abschaffung der Polizeidirektionen erst einmal Geld kostet.

Stellungnahme der DPoIG zur Änderung der Polizei-Aufstiegsverordnung vom 11.06.2013:

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat gegen die beabsichtigten fachlichen Änderungen der Polizei-Aufstiegsverordnung, insbesondere hinsichtlich der konkreten Aufstiegsmöglichkeiten und der Qualifizierungsmodalitäten, grundsätzlich keine Bedenken.

Gleichwohl sei bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, dass eine kostenneutrale Maßnahme keine echte berufliche Perspektive für Betroffene darstellt und vor allem die strukturellen Defizite der polizeilichen Laufbahn- und Besoldungsstruktur dadurch nicht ansatzweise kurz- oder mittelfristig verbessert werden können. Nur eine schlüsselerrechte Entnahme der Stellen aus dem mittleren Dienst, eine vollständige Schlüsselung der in der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes zugehenden Stellen wäre eine echte Verbesserung der Besoldungsstruktur der Polizei. Die Landesregierung bleibt mit dieser Maßnahme weit hinter den durch die Koalitionsvereinbarung selbst gesteckten Zielen und der daraus resultierenden Erwartungshaltung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zurück.

Ernsthafte Bedenken haben wir auch bei der sachgerechten, differenzierten Auswahl der Aufstiegsbeamten durch die Dienststellen für die jeweilige Qualifizierungsmaßnahme. Während für den eigentlichen Qualifizierungslehrgang Beamte aus den Besoldungsgruppen A 9 und A 9+Z (künftig ohne Altersbegrenzung) ausgewählt werden können, soll die Maßnahme des prüfungslosen Aufstiegs lediglich für Beamte in der Besoldungsgruppe A 9+Z zur Verfügung stehen. Dabei soll letztere Maßnahme „Beamtinnen und Beamten dienen, die aufgrund ihres Alters nach erfolgtem Aufstieg die BesGr A 11 mit Blick auf die Stellenstruktur und die gesetzlichen Wartezeiten im Re-

gelfall nicht mehr erreichen können“. Diese Aussage in der Begründung zum Entwurf der Polizei-Aufstiegsverordnung lässt zumindest Zweifel daran aufkommen, dass nach dem höchstrichterlichen Verbot einer altersbedingten Aufstiegsvoraussetzung Auswahlentscheidungen alleine nach Leistungskriterien erfolgen werden. Dass hierbei das polizeiliche Beurteilungsverfahren mehr als nur „überstrapaziert“ werden wird, sollte jedem Sachkenner bewusst sein. Insofern führt die Maßnahme nicht nur zu einer großen Verwirrung und Verunsicherung potentieller Bewerber, sondern stellt auch die Dienstvorgesetzten in Ermangelung klarer Rahmenkriterien für die Auswahlentscheidungen vor eine nahezu unlösbare Aufgabe.

Leider sind die vielfältigen Aspekte, die wir Herrn Innenminister in einem persönlichen Gespräch mit dem geschäftsführenden Landesvorstand der DPoIG am 14. Januar 2013 vortragen konnten, nicht in die weiteren Überlegungen eingeflossen.

07 Bayern nach der Polizeireform: Pilotbetrieb zur Optimierung des Personaleinsatzes bei der Polizei

Quelle: PM 62/13 des bayr. Staatsministeriums des Innern vom 13.06.2013

Innenstaatssekretär Gerhard Eck: "Pilotbetrieb zur Optimierung des Personaleinsatzes bei der Polizei startet in der Polizeistation Bad Füssing - Stärkung der Präsenz in Bad Füssing".

"Um den Personaleinsatz unserer Polizei weiter zu optimieren, starten wir am 15. Juni 2013 einen Pilotbetrieb bei der Polizeistation Bad Füssing. Durch eine verstärkte Präsenz der Polizei und einen erweiterten Bürgerservice werden sich spürbare Verbesserungen für die Bürger und Gäste der Gemeinde Bad Füssing ergeben", sagte Innenstaatssekretär Eck zum Start des Pilotbetriebes.

Durch die Zusammenfassung des Personals der Polizeistation Bad Füssing und der Polizeiinspektion Bad Griesbach entstünden Synergieeffekte auf der Leitungsebene und in der Verwaltung. Die dadurch frei werdenden Personalkapazitäten würden nun einheitlich von der PI Bad Griesbach ihrem jeweiligen Einsatz zugeordnet. Das führe zu mehr Flexibilität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit bei der Personalplanung. Eck: "Der regelmäßige Wach- und Streifendienst, bestehend aus Fuß- und Fahrzeugstreifen, für den Bereich der Gemeinde Bad Füssing ist selbstverständlich sichergestellt. Auch bei der Personalstärke tragen wir wie bisher dem besonderen Sicherheitsbedürfnis des Kurortes Bad Füssing Rechnung." Die Polizeistation Bad Füssing ist weiterhin wie gewohnt täglich von 8 – 17 Uhr geöffnet.

Anmerkungen der ID-Redaktion:

„Nach der Reform ist vor der Reform“. Heute in Bayern – morgen in Baden-Württemberg. Die bayerische Polizeistrukturreform hat viel Geld gekostet und hat erwartungsgemäß so gut wie keinerlei Personalgewinne gebracht. Jetzt geht es – zunächst in einem Pilotprojekt – an die Polizeiinspektionen und Polizeistationen, also an die polizeilichen Basisdienststellen. Wetten, dass diese Entwicklung auch in Baden-Württemberg nicht sehr lange auf sich warten lässt???

Ende DPoIG-ID Nr. 12/2013